

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

Nach der Gesundheits„reform“ jetzt Rente mit 67 und die ganze Serie weiterer arbeitnehmerfeindlicher Schläge der Großen Koalition – das kann so nicht weitergehen !

Mit einem Schreiben (das wir im Folgenden abdrucken) haben sich ErstunterzeichnerInnen des Offenen Briefes an die SPD-Bundestagsabgeordneten „Stimmt mit Nein zur Gesundheitsreform“ an alle MitunterzeichnerInnen und die mehr als 3100 UnterstützerInnen gewandt. Sie werfen die Frage auf: „Wie kann die Politik der Großen Koalition gestoppt werden, wie kann dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen, der GewerkschafterInnen und SPD-Mitglieder, die die gesamte Kahlschlagpolitik der Großen Koalition ablehnen, Respekt verschafft werden?“

OFFENER BRIEF AN DIE ERSTUNTERZEICHNER/-INNEN

» Liebe Kolleginnen und Kollegen,

(...) Die Regierung der Großen Koalition hat die Gesundheitsreform am 2. Februar im Bundestag gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung, der Gewerkschaften und auch gegen eine Mehrheit in der SPD beschließen lassen.

Wir bekunden an dieser Stelle noch einmal unsere Unterstützung für alle die Abgeordneten der SPD, die gegen die

Zum Inhalt:

Airbus, Bayer-Schering, BenQ:
Gibt es eine andere Lösung, als die Betriebe unter staatlichen Schutz zu stellen?

Föderalismusreform –
Folgen für die GEW

FRANKREICH:
Zur Präsidentschaftswahl



Metaller streiken und demonstrieren gegen die Rente mit 67

Reform gestimmt haben oder ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht haben.

Die Gesundheitsreform ist ein Schlag gegen das von den ArbeitnehmerInnen mit der SPD und den Gewerkschaften erkämpfte paritätisch und solidarisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung, das der gesamten arbeitenden Bevölkerung das Recht auf verantwortliche Krankenversorgung und Schutz vor sozialer Not im Krankheitsfall garantiert hat.

Diese „Reform“, die von der Mehrheit der SozialdemokratInnen auch weiter abgelehnt wird, ist eine Schande für die SPD. Sie ist nur geeignet, in der Bevölkerung die massive Ablehnung der Politik der Großen Koalition, aber auch gegenüber der SPD, deren Führung sie dazu gezwungen hat, noch zu verschärfen.

Doch die Große Koalition, vorange-trieben von Merkel, der CDU/CSU und

der EU, will noch weiter gehen: schon soll als nächste sozialpolitische Grausamkeit die Rente mit 67 folgen.

Franz Müntefering, Minister der Großen Koalition, und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, demonstrieren ihre Bereitschaft, sich dieser Politik unterzuordnen, und wollen das mit allen Mitteln auch der SPD bebiegen..

Aber erneut gibt es eine massive Ablehnung aus der Bevölkerung, der Gewerkschaften und der SPD: 300.000 Metaller haben gegen die Rente mit 67 gestreikt und demonstriert.

Müntefering: „Ich setze das um... Da werden auch die Proteste nichts ändern“.

Schützenhilfe erhält er von Frank Spieth, dem gesundheitspolitischen Sprecher der Fraktion Die Linke, der auf der Tribüne des Bundestags am 2. Februar aus unserem Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten

(Forts. auf S. 3 oben)

Wir schlagen Alarm In ganz Europa muss die beschleunigte Zerstörung des öffentlichen Gesundheitswesens sofort gestoppt werden.

Bis zum 22. Februar haben 524 Krankenhausbeschäftigte, Ärzte und Ärztinnen, GewerkschafterInnen aus 17 Ländern den europäischen Alarmaufruf unterzeichnet:

84 ErstunterzeichnerInnen aus Deutschland, 12 aus Österreich, 12 aus Belgien, 35 aus Dänemark, 94 aus Frankreich, 46 aus Spanien, 29 aus Großbritannien, 3 aus Ungarn, 12 aus Italien, 13 aus Portugal, 23 aus Rumänien, 1 aus Schweden, 16 aus der Schweiz, 1 aus der Slowakei, 1 aus Tschechien, 1 aus der Ukraine, 141 aus der Türkei haben unterschrieben.

Eine Delegation soll den Verantwortlichen der Institutionen der Europäischen Union eine Anklageschrift überreichen, die auf der Grundlage der Berichte aus den verschiedenen Ländern erstellt wird: „Wir haben Tatsachen aufgelistet, die unbestreitbar beweisen, dass sich unser öffentliches Gesundheitswesen und das soziale Sicherungssystem, die bis jetzt in unterschiedlichen juristischen Formen des gleichen Zugang zur Versorgung für alle BürgerInnen unserer Länder garantiert haben, sich in Auflösung befinden. (...) Das gilt auch in den osteuropäischen Ländern, die heute den Richtlinien der EU unterworfen sind“.

In Deutschland ist jetzt Heft Nr. 4 des »Europäischen Bulletin für eine europäische Arbeitnehmerverbinding« erschienen, mit Beiträgen

aus Ungarn, Großbritannien, der Tschechischen Republik und Deutschland.

Weitere Informationen über die Vorbereitung der Delegation, sowie der Bezug des Europäischen Bulletin (Preis je 3 Euro, einschl. Porto) über die Adresse der Redaktion. - c.b.



Budapest, 28. 10. 2006: Kundgebung mehrerer Gewerkschaften mit Beteiligung von Krankenhausbeschäftigten

Gesundheitswesen in Ungarn nicht länger kostenlos

„Die ungarische Regierung hat am Donnerstag, den 15. 2., das kostenlose Gesundheitswesen aufgehoben. Die Patienten müssen jetzt eine 'Praxisgebühr' von 300 Forint (1,20 Euro) ... und Tagegeld im Krankenhaus zahlen (...).

Das Tagegeld im Krankenhaus ist überdies nur eine der zahlreichen Maßnahmen, die Budapest streng durchsetzen will, um zu versuchen, seine öffentlichen Kassen wieder zu füllen. Die Regierung hat bereits angekündigt, dass sie in den kommenden Monaten sieben öffentliche Krankenhäuser schließen will.

Der Gesundheitsminister bereitet außerdem einen Umbau der Kranken-

versicherung vor. Die Ungarn sollen ermutigt werden, Privatversicherungen abzuschließen, um das soziale Sicherungssystem zu entlasten. Und schließlich könnte das Renteneintrittsalter von gegenwärtig 62 Jahren schon 2009 heraufgesetzt werden (...).

Das nationale Defizit (was offiziell noch nicht bestätigt ist) hat sich im letzten Jahr den 10% genähert. Das Haushaltsgesetz 2007 plant die Senkung auf 6,8% des BIP. Die Marke von 3,2% soll 2009 erreicht werden.

Gegenwärtig steuert der Ministerpräsident weiter seinen Sparkurs, trotz der Demonstrationen auf den Straßen von Budapest.“ (»Les Echos«, 19. Februar 2007)

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-täglich. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS:
8. 03. 07

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold (†), Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle
Hessen:
Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf
Schulz, Horst Raupp
Baden-Württemberg:
Michael Futterer
Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064
Der regelmäßige Bezug ist nur im
Jahresabonnement möglich.
Jahresabonnement (inkl. Porto):
50,- Euro
Ermäßigtes Abonnement:
30,- Euro
In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.
Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002
V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Nach der Gesundheits„reform“

(Forts. von S. 1)

zitiert und auf die Frage, wie diese „Reform“ verhindert werden kann, erklärt hat: „Ich habe geantwortet, dass wir das nicht verhindern werden, weil es nämlich heute nicht darum geht, eine vernünftige Gesundheitsreform durchzuführen; es geht vielmehr ausschließlich darum, die Große Koalition zu bestätigen, damit sie bis zum Jahr 2009 weiterwursteln kann.“

Er und die Fraktion Die Linke lassen der Großen Koalition und Müntefering freie Hand bis 2009 – und uns soll nur die Resignation bleiben!

Das ist entschieden nicht die Meinung der Bevölkerung und der ArbeitnehmerInnen, die mit ihren Gewerkschaften zu 100.000en auf die Straße gehen. Und auch nicht die Meinung der Mehrheit der SPD-Mitglieder und Abgeordneten, die nach Wegen suchen, diese Demontagepolitik zu stoppen. (...)

Wie aber kann diese Politik der Großen Koalition gestoppt werden?

Liebe Kollegen,

seit zweieinhalb Wochen ist das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz verabschiedet, da rollen die nächsten nicht minder massiven Angriffe der Großen Koalition auf unsere grundlegenden Errungenschaften auf uns zu: Rente mit 67; Unternehmenssteuerreform; Reform der Pflegeversicherung; Arbeitsmarktreform u.s.w.

Diese Regierung ist im Einklang mit der EU, deren Ratspräsidentschaft sie derzeit inne hat, wild entschlossen, im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland“, im Namen der „Senkung der Lohnnebenkosten“, also im Interesse des Kapitals, mit allen Bastionen, die die Arbeiterbewegung mit ihren Organisationen aufgebaut hat, aufzuräumen.

(...) Unsere Kolleginnen und Kollegen, die zu Hunderttausenden gegen die Antireform im Gesundheitswesen protestiert und jetzt Nein zur Rente mit 67 gesagt haben, fragen: „Wo soll das noch hinführen? Kann dieses Spiel so weitergehen? Was können wir dagegen tun?“

(...) Viele von uns haben nach dem 21. 10. 2006 gefordert, dass die DGB-Gewerkschaften massiv im Vorfeld der Verabschiedung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes nach Berlin zum Sitz der Regierung mobilisieren.

Wir wollen Dir, Kollege Sommer,

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer sagte kurz vor der Verabschiedung der Gesundheits„reform“: „Unsere Proteste haben nicht ausgereicht, jetzt gibt es mit den Protesten gegen die Rente mit 67 die Möglichkeit für eine andere Entwicklung.“

Wie sollen aber jetzt Aktivitäten gegen die Rente mit 67 reichen, in denen der gemeinsame Wille der 100 000en sich erneut in zersplitterten Aktionen verzettelt? Wie soll erneut ein Aktionstag am 26. 2. reichen, dessen „Proteste“ die Entscheidung über die Rente mit 67 „begleiten“ sollen? (...)

Ist es nicht heute die Verantwortung der Verantwortlichen des DGB, von Sommer und allen Gewerkschaftsvorständen, im Interesse der ArbeitnehmerInnen alles zu tun, damit die Rente mit 67, die sie als „Rentenklaue“ verurteilt haben, vom Tisch kommt?

Ist es nicht ihre Verantwortung, die 100.000en, die gegen die Gesundheits„reform“, sowie die 100.000en, die jetzt gegen die Rente mit 67 mit ihren Gewerkschaften demonstrieren und strei-

ken, vereint für eine zentrale Demonstration in Berlin zu mobilisieren, um die gesamte Kraft für die Forderungen in die Waagschale zu werfen:

– Weg mit der Rente mit 67!

– Für das geschlossene Nein der SPD gegen diese Rentendemontage der Großen Koalition und ihres Ministers Müntefering!

Ist das nicht der Weg, um dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeitnehmerInnen, der GewerkschaftlerInnen und SPD-Mitglieder, die die gesamte Kahlschlagpolitik der Großen Koalition ablehnen, Respekt zu verschaffen – auch gegen den Erhalt der Großen Koalition?

Wir schlagen vor, uns in diesem Sinne mit Briefen von uns und von GewerkschaftskollegInnen, ArbeitnehmerInnen, sowie mit Resolutionen unserer Gewerkschaftsorgane an den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer und die Mitglieder des DGB-Vorstandes zu wenden.«

Für die ErstunterzeichnerInnen

Henning Frey, Köln

Brief an die Führungen der Gewerkschaften

eine Frage stellen: Was hat Dich gebremst und gehindert, die KollegInnen zur zentralen Kundgebung nach Berlin aufzurufen? Kannst Du uns darauf antworten?

Wir wenden uns an Dich, Kollege Peters. Im Interview mit der FR erklärst Du: „Sollte die Regierung in ihrer Verweigerungshaltung verharren, wären die Gewerkschaften gezwungen, die Mobilisierung für eine andere, eine solidarische Reformpolitik bis zur Bundestagswahl in 2009 auszudehnen.“

Wir fragen erneut: Kann man sie so weitermachen, eine Antireform nach der anderen durchs Parlament jagen lassen? Heißt nicht „die Mobilisierung für eine andere, eine solidarische Reformpolitik bis zur Bundestagswahl in 2009 auszudehnen“ unter diesen Bedingungen, die Regierung entscheidet (...)?

Können wir auch nur einem Kollegen, einer Kollegin, den Erwerbslosen, den Rentnern und der Jugend diese angekündigte weitere Zerstörung bis 2009 auch nur ansatzweise zumuten? (...)

Wir fragen Euch deshalb: Was hat Euch gebremst?

(...) Brauchen wir nicht den entschiedenen Widerstand gegen den Kurs dieser Regierung damit die Zerstörung der Rentenversicherung und die weiteren Antireformen endlich und endgültig

gestoppt werden? Verlangt das nicht dafür einzutreten, dass die SPD mit der Großen Koalition bricht? Und verlangt dies schließlich nicht gleichzeitig, dass die Gewerkschaften das Spiel „über die Bande“ unterbinden, indem sie mit der EU und ihrem antisozialen, arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs brechen?

(...) Ist es nicht die Verantwortung der DGB-Führung, ist nicht die Verantwortung der Kollegen Sommer, Peters, Bsirske und Wiese, mit einer solchen machtvollen Demonstration alles zu tun, um diesen neuen Schlag gegen die ArbeitnehmerInnen – und ihre Organisationen – zu verhindern?

Ist das nicht der Weg, um die gesamten arbeitnehmerfeindlichen „Reformen“ der Großen Koalition zu stoppen und die SPD auf das Nein dazu zu verpflichten?

Im Namen weiterer Gewerkschaftskollegen,

H.-W. Schuster (verdi-Vertrauensmann, SPD/AfA-Unterbezirksvorsitzender); **Ismael Eren** (verdi-Vertrauensmann, SPD/AfA); **Hans-Jürgen Mees** (verdi, MAV-Vorsitzender, Bezirksfachbereichsvorstand 3); **Andreas Rimkus** (verdi, Betriebsrat, SPD/stellv. AfA-Unterbezirksvorsitzender) – *Angaben in Klammern dienen ausschließlich der Information.*

Henning Frey (SPD, GEW)

Der Beschluss der Großen Koalition zur Gesundheitsreform kann uns nicht dazu bringen, von unseren sozialdemokratischen Grundüberzeugungen abzurücken !

Hier darf es keine Schließung von Abteilungen, die Rechtsformänderung und Privatisierung unserer öffentlichen Krankenhäuser geben!

Die Gesundheitsreform ist gegen die überwältigende Ablehnung der Arbeitnehmer, trotz der Proteste und Demonstrationen der Gewerkschaften und entgegen vieler Beschlüsse in der SPD von der Regierung der Großen Koalition beschlossen worden.

Auf diese Ablehnung nehmen auch SozialdemokratInnen und Beschäftigte aus Kölner Krankenhäusern Bezug, die sich an die Delegierten des Unterbezirksparteitages der SPD am kommenden Wochenende wenden wollen, weil sie erleben, wie die Beschäftigten und Ärzte vorher schon befürchtet haben, dass der Druck auf die Krankenhäuser sich zu verschärfen droht.

Sie treten dafür ein, dass vor Ort der Kampf gegen die Umsetzung der Reform geführt wird und die Pläne gegen die Krankenhäuser von den Kommunalabgeordneten der SPD abgelehnt werden. Wir zitieren Auszüge aus ihrem Schreiben:

„Liebe Genossinnen und Genossen, die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern schlagen Alarm:

»Heute ist unsere Klinik zu über 100% ausgelastet. Die Behandlungszeiten werden gekürzt. Auch auf offenen Stationen liegen Patienten auf dem Flur. Die Behandlung für die Patienten ist schlechter geworden. Denn es wurden nicht nur Betten, sondern auch Stellen abgebaut. Waren 2002 noch durchschnittlich 580 Stellen besetzt, sind es 2005 nur noch 540.

Die Betriebsleitung plant jetzt zusätzlich, dem Krankenhausausschuss den Vorschlag zur politischen Entscheidung vorzulegen, die alltagspsychiatrische Abteilung I (für den Sektor Kalk, Deutz, Innenstadt) aufzulösen und die Abteilungsgliederung zu ändern. In dem Zuge sollen zwei Stationen abgebaut, und das 'Personal soll flexibler' eingesetzt werden können.

Eine alltagspsychiatrische Station soll weitere Forensikstation werden. Eine andere soll in die Tagesklinik Alteburgerstraße (bei Verkleinerung des Einzugsbereichs von 67.000 Einwohnern aus der Innenstadt) verlagert werden. Das Ganze wird als ein völlig normaler Vorgang hingestellt, der unausweichlich sei.

Nein, dieser Plan ist eine Katastrophe

für die Patienten und die Beschäftigten!«

Die Gesundheitsreform hat zum Ziel, den 'Wettbewerb' unter Ärzten, Krankenhäusern, Kassen zu verschärfen. Das soll u.a. durch die Einrichtung des Gesundheitsfonds erreicht werden, durch den alle Kassen nur noch den gleichen Pauschalbetrag pro Mitglied erhalten.

Es droht eine Katastrophe für die Behandlung der Kassenpatienten und für die öffentlichen Krankenhäuser.

Unter dem Druck, 'Kosten zu senken', droht das ganze öffentliche Krankenhauswesen zerstört zu werden. Die CDU-Landesregierung tut ihr Übriges dazu und treibt dort, wo sie es kann, diese Entwicklung voran; sie plant die Privatisierung der Universitätskliniken in NRW nach dem Muster von Hessen unter Einbeziehung des privaten Krankenhauskonzerns Asklepios!

Die Kölner SPD hat den Gesundheitsfonds abgelehnt. Der Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach hat gegen die Reform gestimmt. Der Ortsvereinsvorstand des SPD-Ortsvereins Köln-Lindenthal hat Karl Lauterbach für dieses Votum gedankt und ihn seiner Solidarität versichert.

Als Sozialdemokraten sind für uns die Verteidigung der öffentlichen Krankenhäuser und die Rückkehr zur vollen paritätischen Finanzierung und zur Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung unverzichtbare sozialdemokratische Grundpositionen, ebenso wie wir als Arbeitnehmer und Gewerkschafter diese Ergebnisse des Kampfs von Generationen von Kolleginnen und Kollegen verteidigen.

Muss das Nein der Kölner SPD zu der Verschärfung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen durch die Gesundheitsreform und zur Abkehr von der Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung nicht die Grundlage für die Entscheidungen sein, die jetzt in der Kommune und auf Landesebene über die Pläne in den Krankenhäusern getroffen werden?

Wir rufen deshalb unsere SPD-Abgeordneten in den kommunalen Entscheidungsgremien hier in Köln und im Landtag auf, die Pläne der Arbeitgeber und der CDU zum Abbau von Betten, zur Schließung von Abteilungen, zur Rechtsformänderung und Privatisierung zurückzuweisen.

Der Zerstörung der öffentlichen Krankenhäuser muss ein Riegel vorgeschoben werden!«

Beschäftigte aus dem Gesundheitswesen in NRW bereiten die Delegation zur EU vor

„2001 hat die EU gefordert, Maßnahmen zur Regulierung des Angebots im Gesundheitswesen fortzusetzen und zu verstärken. Die EU schreibt die Deckelung und Kürzung der Budgets der Krankenhäuser und die Förderung deren Wettbewerbs untereinander vor.“ (...) Am Beispiel der Rheinischen Klinik Köln, eines von insgesamt neun psychiatrischen Krankenhäusern des kommunalen Trägers LVR, stellen die KollegInnen in ihrem Beitrag für die Anklageschrift, die der EU am 31. März überreicht werden soll, „die katastrophalen Auswirkungen für die Krankenhäuser“ dar:

„ (...) Seit 2002 sind bei uns die Patientenzahlen von 5138 stationär, 272 teilstationär und 6376 ambulant behandelten auf 5148 stationär, 1036 teilstationär und 11.290 ambulant behandelte Patienten

im Jahr 2006 gestiegen (aus: Sachstandsbericht vom 3. 1. 2007 zur „Weiterentwicklung der Behandlungsangebote in den Rheinischen Kliniken Köln“).

Die Verweildauer im stationären Bereich ist von 30,73 Tagen im Jahr 2002 auf 24,64 Tage im Jahr 2006 gesunken. Die Betten wurden von 462 (2002) auf 408 (2006) reduziert.

Die stationäre Versorgungsquote liegt mittlerweile unter 0,5 Promille.

Im Zeitraum von 2002 bis 2006 sind 60 Arbeitsplätze von Ärzten, Krankenpflegekräften u.a. abgebaut worden. (...)“ (Der gesamte Beitrag ist im Europäischen Bulletin Nr. 4 veröffentlicht.)

Aus NRW haben sich bisher 10 Krankenhausbeschäftigte und GewerkschafterInnen für die Delegation zur EU angemeldet.

Inge Steinebach (SPD, ver.di)

Nein zu einem Gesundheitswesen, dessen Krankenhausversorgung nur noch mit Schülerpraktikanten und Familienhilfe funktioniert!

DIE sozialdemokratische Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt wird nicht müde zu erklären, dass jeder in Deutschland die bestmögliche medizinische Versorgung erhalten soll.

Diesen Satz sagte Ulla Schmidt auch wieder anlässlich der Verabschiedung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes, der neuen Gesundheitsreform. Ich bin im Januar dieses Jahres in den Genuss des Gesundheitswesens gekommen und habe erlebt, was „bestmöglich“ und was Stärkung des Wettbewerbs heißt.

Ich hatte einen Unfall. Ich bin, weil in Düsseldorf die Nebenstraßen nicht mehr vollständig beleuchtet sind, gestürzt, habe mir die Schulter gebrochen und musste in die Notfallambulanz einer städtischen Klinik.

Diese Klinik sowie eine weitere, zwei Altenpflegeheime und ein ambulanter Pflegedienst der Stadt, die bereits vor Jahren per Rechtsformänderung privatisiert wurden, sollen jetzt in diesen Wochen der vollständigen Privatisierung unterworfen werden. Die Rede ist von einem Verkauf an einen der großen deutschen Klinikkonzerne. Ich komme also in ein Krankenhaus, das bereits heute für den von Schmidt propagierten Wettbewerb im Gesundheitswesen „fit gemacht“ werden soll, damit es für die Übernahme durch börsennotierte Unternehmen attraktiv ist.

Es war Abend. In der Notfallambulanz verrichteten Ärzte und Pflegekräfte ihren Dienst. Ich wurde untersucht, geröntgt und verbunden. Dann erhielt ich ein Schmerzmittel und wurde nach Hause geschickt, da es kein freies Bett für mich gab.

Das ist die Praxis und der eigentliche Inhalt des Credos „ambulant vor stationär“!

Am folgenden Morgen bin ich mit starken Schmerzen und mit Hilfe und in Begleitung meiner Tochter wieder ins Krankenhaus gefahren.

Ohne familiäre Hilfe hätte ich größte Probleme bei so selbstverständlichen Verrichtungen wie Waschen und Ankleiden und der Fahrt ins Krankenhaus gehabt. Ohne die familiäre Hilfe hätte es einfach nicht funktioniert! Das ist für unser Gesundheitswesen nicht neu. Viele Jahre galten solche Zustände als überwunden, weil Gewerkschaften und SPD ein jedermann zugängliches Gesundheitssystem durchgesetzt hatten. Heute sorgt die Führung meiner Partei in der

Großen Koalition dafür, dass wir als Patienten wieder zurückgeworfen werden auf eine Versorgung, die wir für längst überwunden hielten.

Ein Achtel aller Betten in Krankenhäusern wurde zwischen 1993 und 2004 bundesweit bereits gestrichen. Es wundert mich deshalb keineswegs, dass es fünf Stunden dauerte, bis ich endlich ein Bett hatte. Zwischen jeder Untersuchung lagen Stunden Wartezeit, da so viele Kranke auf ihre Behandlung warteten.

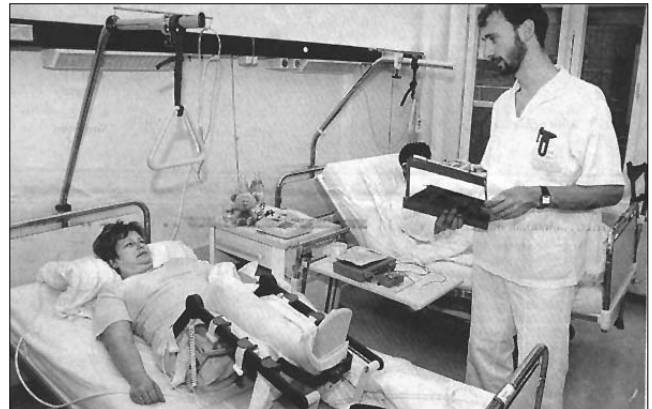
In dieser Zeit kümmert sich niemand um einen. Man bekommt weder ein Essen noch ein Getränk, obwohl man krank ist und Hilfe benötigt. Ich bin 73, noch fit und hatte das Glück, dass mich meine Tochter begleitete. Doch was machen Kranke, die zu alt sind, sich zu melden oder dement oder alleinstehend?

Ärzten und Pflegekräften ist kein Vorwurf zu machen, sie sind unterbesetzt und dementsprechend total überlastet. Für kleinere Hilfestellungen kommen nur gelegentlich ehrenamtliche Frauen vorbei. Bestimmte Sachen, wie mal die Haare waschen, haben meine Töchter erledigt, da die Schwestern keine Zeit haben und sich auf „das Wesentliche“ konzentrieren müssen.

Dies führt dazu, dass Schüler, die im neunten und zehnten Schuljahr ihre Schulpraktika im Krankenhaus absolvieren, auch damit beauftragt werden, Patienten zu waschen, ihnen beim Ankleiden zu helfen usw. Sie sind also in diesem Sinne der direkten Unterstützung von Patienten eingepplant und werden entsprechend eingesetzt. Vorbereitet sind sie darauf nicht. Ebenso wenig wie die Patienten, die eine professionelle Versorgung erwarten.

Als ich mich nach einer Reha-Maßnahme erkundigte, sagte mir ein Pfleger, dass ich keine genehmigt bekäme, weil mein Schultergelenk noch zu reparieren und durch ein Platte zu stabilisieren sei. Hätte ich eine Schulterprothese bekommen, hätte mir eine Reha-Maßnahme zugestanden. Die Schmerzen sind gleich.

Schon vor der Verabschiedung der neuen Antireform der Großen Koalition ist unser Gesundheitswesen weitgehend



zerstört worden. Die Selbstbeteiligungen, auch bei dringend erforderlichen Hilfen, sind umfassend: Denn häusliche Pflege wäre mir seitens meiner Krankenkasse nicht zugestanden worden. Nur weil ich mir als Diabetikerin durch die Schulterverletzung nicht selbst den Blutzuckerwert messen und Insulin spritzen konnte, stand mir eine Hilfe zu. Die Pflegekräfte des ambulanten Dienstes haben jedoch nur die Blutzuckerkontrolle und die Injektion vorgenommen. Für weitere Hilfen wie Waschen und Anziehen, die ich zunächst benötigt hätte, hätte ich selbst aufkommen müssen: Für 400 Euro hätte ich mir als Rentnerin diese „Dienstleistung einkaufen“ können.

Ich habe erlebt, was gegenwärtig die „bestmögliche“ Versorgung konkret bedeutet. Ich stelle mir unter „bestmöglicher“ Versorgung etwas anderes vor. Mit großer Sorge lese ich, dass verschiedene Unternehmensberatungsfirmen jetzt propagieren, weitere 30-40 Prozent der Krankenhäuser als „überflüssig“ zu schließen

Ich meine, dass die 20 Abgeordneten, die am 2. Februar mit Nein gegen das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz gestimmt haben, vollkommen im Recht sind! Die Große Koalition und ihre anti-soziale Politik müssen sofort gestoppt werden. Deshalb trete ich in meiner Gewerkschaft dafür ein, dass sie endlich die Mehrheiten für die Rücknahme der Antireform mobilisiert!

Nachsatz:

Mit ausdrücklicher Unterstützung des CDU-Landesarbeitsministers Laumann (NRW) will die Caritas in Dinslaken ein Projekt in einem ihrer Pflegeheime starten. Unter der Bedingung, dass Angehörige Teile der Pflege im Heim übernehmen, senkt die Caritas die pflegebedingten Kosten. Im Gegenzug wird weniger professionelles Pflegepersonal eingestellt.

Gotthard Krupp (AfA-Landesvorstand SPD Berlin, ver.di-Bezirksvorstand Berlin)

„Kann Berlin auf weitere 1000 Arbeitsplätze verzichten?“

BIS ENDE des Jahres sollen bei Schering bis zu 1300 Arbeitsplätze von den 5500 abgebaut werden, d.h. jeder 5. Arbeitsplatz.

2006 hatte der Chemiekonzern Bayer, nachdem er in einer Bieterschlacht den Konkurrenten Merck ausgebootet hatte, das traditionsreiche und gesunde Unternehmen Schering für 17 Milliarden Euro übernommen. Das war mehr als das Dreifache des Schering-Umsatzes. Deshalb war es im Sinne Bayers nur konsequent, gleich zu Beginn der Übernahme die Streichung von 6.000 der 60.000 Arbeitsplätze im fusionierten Unternehmen anzukündigen, wenn sich diese teure Übernahme überhaupt rentieren sollte.

„Erst pressen sie uns aus wie die Zitronen, und jetzt wollen sie uns gleich ganz los werden“, schimpft ein wütender Kollege während der Protestversammlung am 22. Februar. Tatsächlich, für die Erhöhung seiner Rendite plündert der Bayer-Konzern Schering rücksichtslos aus.

Auf der Protestversammlung haben viele SozialdemokratInnen und GenossInnen der AfA den KollegInnen und ihrer Gewerkschaft ihre volle Solidarität und Unterstützung des Kampfs zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze ausgesprochen.

„Kann Berlin wirklich auf 1000 Jobs verzichten“, war auf einem Plakat zu lesen.

„Nein, das kann es nicht“, antwortete der anwesende Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) den KollegInnen.

Doch welche Lösung gibt es?

Wowereit und der Wirtschaftsminister Wolf (PDS) hatten die Übernahme von Schering durch den Bayer-Konzern, der als sog. „weißer Ritter“ gefeiert wurde, damals begrüßt. So kann „ein neues starkes Pharmaunternehmen entstehen“, freute sich Wolf, trotz des angekündigten Abbaus von 6.000 Stellen. Heute appelliert Wowereit an den Bayer-Konzern und fordert ihn zum „verantwortungsvollen Umgang mit den

Mitarbeitern“ auf.

Diese Appelle an die Konzernleitungen haben schon die KollegInnen bei Samsung, JVC u.a. gehört – sie haben keinen Arbeitsplatz retten können. Die Konzernleitungen kennen nur ihre „Verantwortung“ gegenüber den Renditegebern. Das Schicksal der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien zählt nicht.

Auch die Bitte von Wowereit und Wolf an Bayer, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, kann keine Lösung sein. Das heißt nichts anderes, als der Streichung weiterer über 1000 industrieller Arbeitsplätze das Placet zu geben.

Es geht um die Existenz der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien in Berlin.

Und es geht um den Erhalt der industriellen Lebensgrundlagen Berlins, die durch einen dramatischen industriellen Kahlschlag ruiniert werden.

Kann es hingenommen werden, dass auch nur ein Kollege, eine Kollegin noch ihren Arbeitsplatz verlieren und dass noch weitere Arbeitsplätze abgebaut werden?

Schering hat aus der Arbeit der Beschäftigten hohe Gewinne geschöpft. Der Bayer-Konzern will nun mit der Übernahme von Schering noch höhere Rendite erzielen, und dafür sollen die Arbeitsplätze geopfert werden.

Ist das zu akzeptieren?

Muss dem Bayer-Konzern-Vorstand nicht die Entscheidung aus der Hand genommen werden?

Das elementare Interesse der KollegInnen ist die Verteidigung aller Arbeitsplätze, der Produktionsanlagen, Betriebsstätten und des von der Belegschaft erarbeiteten Vermögens, das weder der Produktion entzogen noch vorenthalten werden darf. Dafür wollen sie mit ihrer Gewerkschaft kämpfen.



Protest vor der Schering-Zentrale in Berlin am 22. 2.

Brauchen wir nicht sofort die Entscheidung der politisch Verantwortlichen, der Berliner Landesregierung unter Führung der SPD, die Arbeitsplätze, Produktionsanlagen, Betriebsstätten und das Vermögen unter den Schutz des Staates zu stellen?

Gibt es eine andere Lösung?

Ist es nicht die Verantwortung der Landesregierung, den industriellen Aderlass, der die materiellen Lebensgrundlagen der Stadt Berlin zerstört, sofort zu stoppen und keinen einzigen Arbeitsplatzabbau mehr hinzunehmen?

Die AfA Berlin hat sich für diese Forderung immer wieder eingesetzt und – angesichts der Welle von Entlassungen, die ganz Deutschland überzieht, s. jetzt EADS, Telekom, BenQ usw. –, einen entsprechenden Antrag auf der AfA-Bundeskonferenz im April 2006 durchsetzen können.

Die vordringliche Aufgabe für alle AfA-GenossInnen, alle SozialdemokratInnen, in Berlin und bundesweit, ist der Kampf dafür, „dass kein weiterer Arbeitsplatz in der Industrie mehr zerstört wird, und dass mit allen politisch zur Verfügung stehenden Mitteln Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen“ verhindert werden müssen (aus dem Beschluss der AfA-Bundeskonferenz).

Wenn der Vertrag geschlossen ist, oder wie Privatisierung abläuft

Als Ende der neunziger Jahre die Privatisierung öffentlichen und kommunalen Eigentums immer mehr als Lösung gegen marode öffentliche Kassen diskutiert wurde, wurde das mit der größeren Effizienz privater Firmen bei der Erbringung von Leistungen begrün-

det und für den Verkauf mit dem Erlös für die Entschuldung geworben. Es wurde dabei vorausgesetzt, dass die Leistung mindestens genauso gut erbracht wird.

Inzwischen gibt es auch bei uns zahlreiche Erfahrungen, und diese Erfahrun-

gen sprechen gegen Privatisierung.

In der letzten Ausgabe von »Soziale Politik und Demokratie« wurden unter dem Titel „Private sollen Schulen übernehmen“ die Argumente von Gerlinde Schermer gegen Public Private Partner-

(Forts. Seite 7 unten)

Die Vertrauensleute der Berliner S-Bahn haben in einem Aufruf ihr Programm für die bevorstehende Vertrauensleute-Wahl zur Diskussion vorgestellt. Wir drucken es auf dieser Seite ab.

„Der S-Bahner in der TRANSNET Gewerkschaft GdED“

8. Jahrgang - 1. Ausgabe 2007 - Sonderausgabe

Berliner S-Bahner !!!

Kolleginnen, Kollegen!

Wie wir alle wissen, durch Ausgliederungen, Versetzungen und Umstrukturierungen ist die Berliner S-Bahn als eigenständiger und öffentlicher Betrieb bedroht.

Die BürgerInnen der Stadt stehen hinter uns. Das haben ca. 55.000 BerlinerInnen mit ihrer Unterschrift für unseren Appell: „Berliner! Schützt eure S-Bahn!“ bezeugt. Diese stehen für einen öffentlichen Betrieb S-Bahn. (...)

Nein zur Bahnprivatisierung!

Wir erleben zur Zeit, dass die S-Bahn zerschlagen wird. Das Wort S-Bahn wird zur Hülse. Die Kantinen, die Fahrzeugreinigung, die Objektreinigung, die Bezügeabrechnung, die Ausbildungsstätte, die Pfortner, der Vertrieb u.s.w. werden ausgegliedert.

Wer hat das entschieden? Wer hat das beschlossen?

Die BürgerInnen, der Senat, das Abgeordnetenhaus sind nicht befragt worden.

Die Berliner S-Bahn muss als ein Betrieb in öffentlicher Hand mit allen Betriebsteilen erhalten bleiben!

o **Keine Ausgliederungen – ausgegliederte Bereiche müssen zurück!**

o **Keine Privatisierung!**

o **Kein Stellenabbau – Keine heimlichen Entlassungen über**

Tarifverträge mit Beschäftigungssicherung!

(...) Nachdem bei der S-Bahn schon der Abbau von 880 Stellen vorgesehen war, sollen weitere 640 Stellen abgebaut werden. Das heißt die Belegschaft der S-Bahn soll noch im Jahr 2007 um fast die Hälfte reduziert werden. Die Folgen haben nicht nur die KollegInnen, sondern alle BerlinerInnen zu tragen.

Die Berliner S-Bahn ist so nicht mehr lebensfähig.

Deshalb: Neuverhandlung des Verkehrsvertrages mit dem Land Berlin

o Keine Ausschreibungen von Strecken

o Kein Stellenabbau – Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung

o Garantie für den öffentlichen Gesamtbetrieb Berliner S-Bahn

...wie Privatisierung abläuft

(Forts. von Seite 6)

ship (PPP) am Beispiel der Schulen ausgeführt. Aber PPP ist nur eine Form der Privatisierung im öffentlichen Bereich, wenn auch die „modernste“. Daneben gibt es ja weiterhin die traditionellen Möglichkeiten wie

– Verkauf,

– Outsourcing,

– Gründung von Tochterunternehmen mit und ohne private Beteiligung.

Typisch für diese Formen ist, dass Teile öffentlicher Firmen in ein Tochterunternehmen ausgegliedert werden. Im Zuge dessen wird ein Haustarifvertrag verhandelt, der mit der Begründung der Konkurrenzfähigkeit am Markt eine deutliche Verringerung der Einkommen ermöglicht. Für die vorhandenen Mitarbeiter gibt es Besitzstandsregelungen oder die Sicherung im Rahmen des Firmenübergangs für 12 Monate. In der Praxis nutzen viele Kollegen die Altersteilzeit, um der ungewissen Zukunft in neuen Strukturen zu entgehen.

Dann beginnt das neue Arbeitsleben unter privaten Verhältnissen. Der Leistungsvertrag wird auf der Basis bisheriger Einzelleistungen und Budgets als Gesamtpaket geschlossen. Der Inhalt ist auch in diesen Fällen nur wenigen Eingeweihten bekannt. Obwohl sich im Grundsatz nichts an den Aufgaben des Unternehmens ändert, ändert sich so manches.

Da es sich bei den Geldgebern fast

ausschließlich um global agierende Unternehmen und Konzerne handelt, wird für den neuen Auftrag ein neues Tochterunternehmen gegründet, das seine Führungskräfte entsendet. Diese prüfen als erstes den vereinbarten Leistungsvertrag auf Einsparpotentiale. Da staunen die „alten“ Kollegen, was alles nicht mehr erforderlich ist. An Kleinreparaturen und Wartungsarbeiten ist viel zu sparen. Technische Prüfungen und den Aufwand damit kann man auch reduzieren. Bei der Sicherheit kann man Bewachungspositionen reduzieren, und in der Reinigung ist die „Sichtreinigung“ das Zauberwort, mit dem die Dienstleister für Saugen und Wischen deutlich weniger Zeit erhalten. Sind diese Reinigungen nicht ausreichend, kann ja der Auftraggeber zusätzliche bestellen.

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass der kommunale Auftraggeber die Leistung regelmäßig und umfangreicher als zuvor prüfen muss. Vertrauen in den Vertragspartner ist da ein Risiko, denn dessen Ziel ist Gewinnmaximierung.

Viele Störfälle werden mittlerweile der reduzierten technischen Leistung und ungenügender Instandhaltung zugeschrieben, die sich innerhalb der längeren Vertragslaufzeiten zum Sicherheitsrisiko entwickeln können. Sicher erinnern sich viele an die knickenden Strommaste in NRW. Das weiß man in Großbritannien schon lange. Da ist es vor allem die Bahn British Rail, die immer wieder in den Schlagzeilen ist und für die ein Rückkauf ernstlich erwogen wird.

Wurden Leistungen bisher durch Handwerks- oder mittelständische Firmen erbracht, so ist auch hier etwas einzusparen, entweder durch Preisverhandlungen oder indem der Auftrag komplett in den Auftrag des neuen Unternehmens übernommen wird. Schließlich haben die großen Konzerne auch eigene Mitarbeiterpools, mit denen die Leistung diskreter reduziert werden kann, und welcher Auftraggeber kann schon alles umfassend kontrollieren.

Ein anderer Aspekt der Privatisierung öffentlicher Leistungen ist die Reduzierung der Einkommen. Sind schon mit den neuen Tarifen 10% Kürzung normal, so können Einstiegsgehälter für Neueinstellungen tarifgemäß leicht um weitere 10% geringer sein.

Was irgend möglich ist, wird aber durch Zeitarbeit erbracht. Nur keine Verpflichtung durch Festeinstellung und Volleinsatz. „Job-on-demand“ ist das Ziel. Jede gesparte Stunde erhöht den Gewinn. Das wirkt sich aber auf die Sozialkassen aus. Für halbierte Beiträge kann auch keine volle Leistung erfolgen. So ist es nicht verwunderlich, wenn für die Gesundheit Zuzahlungen zunehmen und alle möglichen Varianten genutzt werden, damit die Rente sinkt.

Die Situation wird inzwischen auch durch Filme dokumentiert. Ich empfehle für Gleichgesinnte die komplexe Darstellung der Probleme z.B. in folgenden Filmen: „Wasser unterm Hammer“,

„Wal Mart – der hohe Preis niedriger Kosten“ und „We feed the world“

a.g.b.

Frankfurt am Main:

Nein zur Privatisierung der Uni und Entqualifizierung für die Studenten

Am 14. Februar 2007 – in den Semesterferien – hat der Senat der Universität Frankfurt am Main beschlossen, gegenüber der CDU-Landesregierung initiativ zu werden, um die öffentliche Universität in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln. Der Uni-Präsident Steinberg wollte ursprünglich eine privatrechtliche Stiftung. Diesen Plan musste er aufgrund des breiten Widerstands der Studierenden und Uni-Angehörigen zurückziehen.

Die Uni-Leitung gaukelt allen Betroffenen vor, dass sich mit einer öffentlich-rechtlichen Stiftungsuniversität nichts verändern würde, die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre, die Beschäftigungsverhältnisse – alles würde wie vorher sein.

Schon jetzt gibt es an der Frankfurter Universität 35 Stiftungs(gast)professuren, die überwiegend von der Wirtschaft finanziert werden bzw. wurden. Die Schwerpunkte dieser Stif-

tungs(gast)professuren werden vom Stifter bestimmt. Themen wie internationales Bankrecht, M-Commerce, Law and Finance zeigen, wie die stiftenden Unternehmen schon heute Einfluss in der Perspektive des „Dualen Studiums“ (analog dem Dualen System in der Berufsausbildung) nehmen. „In der Regel beträgt die Stiftungsdauer fünf Jahre. Danach wird die Professur zumeist aus Landesmitteln weiter finanziert.“ Da die Universitäten kaum ausreichende Mittel für die herkömmlichen Professuren haben, ersetzen Stück für Stück die Stiftungs(gast)professuren frei werdende öffentliche Professuren. Für das kommende Semester sind zwei neue Stiftungs(gast)professuren vereinbart.

Dagegen hat sich eine Initiative gegen die Stiftungsuniversität von Studierenden gebildet, die von GewerkschafterInnen und Sozialdemokraten unterstützt wird, und die sich mit folgender öffentlichen Erklärung an den Senat gewandt hat. M.A.

DIE öffentliche Universität ist eine gesellschaftliche Einrichtung, die errungen und ausgebaut wurde, um die Einheit von Lehre und Forschung, die Freiheit der Wissenschaft und Persönlichkeitsentfaltung heute unabhängig von der Wirtschaft zu garantieren.

Sie, die Universitäts-Professoren, die die Mehrheit im Senat stellen, sind vereidigt auf die Verfassung und diesen Humboldtschen Prinzipien verpflichtet.

Wer der Präsidiumsvorlage zustimmt, will etwas Anderes.

Schon jetzt gibt es an der Frankfurter Universität fast 40 privat finanzierte Stiftungs(gast)professuren. Die Universität Frankfurt am Main ist zumeist verpflichtet, diese nach dem Förderzeitraum auf Kosten bestehender Professuren zu übernehmen. Damit wird direkt von außen, insbesondere von der Wirtschaft, auf die wissenschaftlichen Inhalte von Wissenschaft, Lehre und Forschung Einfluss genommen.

Wie kann da das Präsidium behaupten, „dass jede Einflussmöglichkeit der Stifter auf Forschung und Lehre ausgeschlossen wird“? Die Methode der Stiftungs(gast)professuren wird in der Stiftungsuniversität zum allgemeinen Prinzip erhoben und **das grundlegende Prinzip der Selbstverwaltung aufgegeben.**

Die Frankfurter Universität mit ihren Beschäftigten ist auch Teil des Öffentlichen Dienstes. Die Umgründung in eine Stiftungsuniversität hebt alle Dienst-(Beamten-) und Arbeitsverhält-

Öffentliche Erklärung an die Mitglieder des Senats der Johann Wolfgang Goethe-Universität:
Sie haben kein Recht, dem Konzept des Präsidiums zur Umwandlung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main in eine Stiftung zuzustimmen!

nisse (Arbeiter und Angestellten) des Landes Hessen auf.

Sie haben kein Recht, der Senkung der Einkommen der Universitätsbeschäftigten zuzustimmen, die neu eingestellten Beschäftigten bei einem „angedachten“ Spartentarifvertrag blüht.

Die Autonomie der Universität bedeutet bisher die demokratische Beteiligung aller Universitätsangehörigen. Die „Autonomie“ in der Stiftungsuniversität bedeutet primär unternehmensähnliche Entscheidungs-„freiheit“ für die Uni-Leitung. Solche unternehmensgleichen Strukturen sollen ermöglichen, die Universität als Dienstleisterin auf einem globalen Bildungsmarkt zu positionieren

Schon jetzt handelt das Präsidium undemokratisch: Es drängt zur Eile und verhindert damit alternative Entscheidungsfindungen. Es kann nicht sein, dass einzelnen Senatskommissionsmitgliedern das Stimmrecht entzogen wird.

Unter diesen Umständen eine solche weitreichende Entscheidung zu treffen, ist nicht legitim. Aus all dem kann nur ein Schluss gezogen werden:

Ihre Zustimmung zu dem Konzept des Präsidiums ermöglicht der Hessischen Landesregierung die Zer-

störung der öffentlichen Universität.

Können Sie als VertreterInnen der Universitätsangehörigen dies verantworten?

UNTERZEICHNERINNEN: Das Protestplenum der Uni Frankfurt, Amin Benaissa (Vorsitzender des AStA der JWG-Universität), Mike Josef (stellv. AStA-Vorsitzender), Carmen Ludwig (stellv. Landesvorsitzende GEW), Heinrich Becker (Mitglied im GEW-Bezirksvorstand, Referat Schule und Bildung), Lothar Ott (Student, SPD-OV-Vorstandsmitglied, GEW), Michael Altmann (Mitglied im Bezirksvorstand der AfA in der SPD Hessen-Süd, ver.di), Angelika Wahl (Stadtverbindungslehrerin). – *Alle Angaben in Klammern dienen nur der Information.*

Die Frankfurter SPD lehnt wie die GEW die Umwandlung in eine Stiftungsuniversität ab. Aus der Begründung für einen Antrag an den Jahresparteitag der SPD, der von der Antragskommission auf Unterstützung empfohlen wurde, heißt es:

„Wir Sozialdemokraten müssen diese Umwandlung in eine Stiftungsuniversität und diese Politik der Ungleichheit, Entstaatlichung und Privatisierung und Entqualifizierung für die Masse der Studenten durch die CDU-Landesregierung massiv bekämpfen. Dieses Thema sollte zentraler Bestandteil der Verteidigung und Rückgewinnung sozialdemokratischer Bildungserrungschaften im Wahlprogramm für die Landtagswahl 2008 sein.“

Michael Futterer (Mitglied im Landesfachgruppenausschuss Berufliche Schulen der GEW Baden-Württemberg)

Föderalismusreform und Konsequenzen für die GEW

MIT DER Föderalismusreform und der Zerschlagung des BATs hat sich für die Beamten und damit auch für die GEW eine grundlegend neue Situation ergeben.

Die Zuständigkeit für Besoldung und Dienstrecht ist auf die Länder übergegangen, und diese werden ihre Zuständigkeit nutzen (müssen!). Die im Rahmen der Föderalismusreform II angestrebte Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern und der Länder untereinander wirft bereits ihre Schatten voraus: Sie verlangt letztlich ein Verbot der Neuverschuldung für die Länder.

Unter diesem Diktat standen bereits die laufenden Haushaltsberatungen im Land mit den bekannten Ergebnissen (Stellensperre, Arbeitszeitverlängerung für ReferendarInnen, Kürzung der Altersmäßigung – Alternativvorschlag der SPD-Fraktion: Absenkung der Einstiegsgehälter).

Die Zerschlagung des BATs hat dazu geführt, dass der bisherige Orientierungspol für die BeamtInnen verschwunden ist. Plakativ formuliert: Die Müllwerker werden zukünftig nicht mehr unsere Gehaltserhöhungen durchsetzen.

Aus meiner Sicht werfen diese Entwicklungen grundlegende Fragen für die zukünftige GEW-Arbeit auf, weil es hier um Grundfragen gewerkschaftlicher Arbeit geht. Wir brauchen deshalb in der GEW dringend eine Diskussion, wie wir in Zukunft damit umgehen. Ich möchte deshalb an zwei Beispielen einige Fragen aufwerfen.

1. Beispiel: Verständigung der DGB-Vertreter mit Öttinger

Im November haben Rainer Bliesner, Markus Kling (DGB), Jupp Schneider (GdP), Alfred Wohlfahrt (ver.di) und Rainer Dahlem (GEW) eine Verständigung mit Ministerpräsident Öttinger über die Entwicklung der Bezüge der BeamtInnen im Land Baden-Württemberg unterzeichnet.

Um falschen Diskussionen vorzubeugen: Ich bin keineswegs grundsätzlich gegen solche Gespräche oder Vereinbarungen. Dennoch stellen sich hier aus meiner Sicht Fragen: Wer hat in den Gewerkschaften den Vertretern des DGBs ein Mandat gegeben, diese Gespräche zu führen, und wer hat die Forderungen beschlossen?

Dahlem und Bliesner weisen ausdrücklich darauf hin, dass diese Gespräche keine Tarifverhandlungen seien. Dies ist auf der einen Seite sicher richtig. Auf der

anderen Seite stellt sich allerdings m.E. sehr wohl die Frage: Wollen wir in Zukunft über Gehalt und Arbeitszeit „Gespräche“ mit der Landesregierung führen? Welche Qualität und Verbindlichkeit haben solche Gespräche, und welche Konsequenzen hat die Teilnahme langfristig für die GEW?

Dass solche „Gespräche“ nicht unproblematisch sind, hat Öttinger selbst deutlich gemacht: Er bezeichnete sie als „Pakt aus Leistung und Gegenleistung“. Seine Absicht ist damit klar: Er will die Gewerkschaften mitverantwortlich machen für seine im Rahmen der Föderalismusreform II definierten Politik der Nullneuverschuldung bis 2011.

Eine derartige Entwicklung können wir aber aus meiner Sicht unmöglich zulassen, weil sie letztlich tödlich sein wird für die GEW als Gewerkschaft. Insofern können solche Gespräche und Verständigungen für die GEW nur dann eine Existenzberechtigung haben, wenn wir sie als Ausgangspunkt dafür betrachten, dass die GEW auch im Bereich der BeamtInnen tarif- und verhandlungsfähig wird, und d.h. dass sie vor allem mobilisierungsfähig wird.

2. Beispiel: Positionspapier zur Neugestaltung des öffentlichen Dienstrechtes

In einem Papier der GEW zur Neugestaltung des öffentlichen Dienstrechtes heißt es:

„Die Grundlagen der Reform müssen sich an den Herausforderungen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die GEW setzt sich für einen modernen und leistungsfähigen Öffentlichen Dienst ein, der von seiner Finanzierung und seinem Selbstverständnis her in der Lage ist, das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes zu erfüllen.“

Mir scheint eine solche Formulierung nicht unproblematisch zu sein. Von welchen Herausforderungen ist hier die Rede, und wer legt diese fest? Was zeichnet einen modernen Öffentlichen Dienst aus?

Ich möchte an dieser Stelle nur daran erinnern, dass Bsirske innerhalb von ver.di die Ablösung des BAT immer wieder mit der Notwendigkeit begründet hat, das Tarifrecht zu modernisieren. Es stellt sich aber die Frage, ob die Zersplitterung der Tariflandschaft im Öffentlichen Dienst und der TVL tatsächlich ein Fortschritt für die KollegInnen ist? Ich meine nein!

Richtig ist, dass die GEW eine Position zu den Plänen der Landesregierung

braucht. Aber: Ausgangspunkt für unsere Forderungen können dabei nicht „Modernisierung“ oder „Herausforderungen an den Öffentlichen Dienst“ sein, sondern alleine die Interessen der KollegInnen.

Niemand in der GEW, weder der Vorsitzende, der GV der LV oder die LDV, hat das Recht, stellvertretend für die KollegInnen Forderungen oder Positionen in dieser Frage (!) aufzustellen. Wir reden hier über Gehalt und Arbeitsrecht, also die Existenzgrundlage unserer KollegInnen. Ich denke, gerade hier kann man im Sinne der innergewerkschaftlichen Demokratie nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg entscheiden und handeln. Dies hat auch eine pragmatische Seite: Wenn die GEW jemals verhandlungsfähig werden will, dann muss sie mobilisierungsfähig sein. Unsere Mitglieder kann man allerdings nur für Forderungen mobilisieren, hinter denen sie auch stehen und die sie mittragen.

Resümee:

Die Verhältnisse zwingen die GEW und die KollegInnen in den Betrieben zu einem gewissen Bruch im Denken und Handeln. Auch BeamtInnen sind Arbeitnehmer, die Interessen haben, und diese müssen sie vertreten. Tun sie das nicht, dann werden BeamtInnen tatsächlich zu „Lohnleibeigenen“. Das zu organisieren ist Aufgabe und Existenzberechtigung der Gewerkschaften.

Die GEW muss auch im Beamtenbereich tariffähig werden. Das ist kein abstrakter Prozess und kann sich v.a. nicht in einer abstrakten Diskussion über Streikrecht erschöpfen. Es ist vielmehr ein konkreter Prozess: In anderen Gewerkschaften beginnen Tarifauseinandersetzungen damit, dass in den Betrieben VL-Sitzungen stattfinden und über die Forderungen diskutieren und entscheiden. Diese Tradition gibt es in der GEW nicht – wie können wir sie einführen?

In anderen Gewerkschaften gibt es Tarifkommissionen, die Tarifauseinandersetzungen politisch führen und den Kontakt zur Basis herstellen. Ist es nicht notwendig, dass die GEW für den Beamtenbereich ebenfalls eine solche Tarifkommission einrichtet? In diesem Zusammenhang stellt sich für mich auch eine weitere Frage: Die Föderalismusreform hat das Beamtenrecht weitgehend auf die Länder verlagert. Will die GEW dies so akzeptieren, oder muss nicht vielmehr **strategisches** (!!) Ziel der GEW sein, ein bundeseinheitliches Beamtenrecht wiederherzustellen? Würde dies nicht bedeuten, dass es notwendig ist, eine Tarifkommission auf Bundesebene zu konstituieren?

RUMÄNIEN • Nach dem Tod des Bergarbeitergewerkschafters Ionel Ciontu nehmen die Proteste in der ganzen Welt zu

Das monatliche Informationsbulletin Nr. 4 des Arbeitnehmer-Solidaritätsfonds für die inhaftierten Bergarbeitergewerkschafter und ihre Familien hat über die Ausweitung der internationalen Protest-Kampagne informiert.

Frankreich

Unter den zahlreichen Botschaften und Protestbriefen von Gewerkschaftsorganisationen aus Frankreich möchten wir aus dem Protestbrief von Marie-Edmonde Brunet, Generalsekretärin der Gewerkschaft Force ouvrière für den Sekundarstufenbereich (SN-FO-LC) zitieren: »(...) Als Gewerkschafterin kann ich es nicht akzeptieren, dass ein Mensch wegen der Ideen, die er im Namen seiner Arbeitskollegen vertritt, im Gefängnis ist. Ich bitte Sie, den unterschiedenen Protest, den ich Ihnen im Namen meiner Organisation übermittle und den Sie der beiliegenden Erklärung entnehmen können, zur Kenntnis zu nehmen und weiterzuleiten. Sie wurde von dem nationalen Sekretariat der SN-FO-LC verabschiedet.« Die Erklärung selbst »fordert, daß die gesamte Wahrheit über die Umstände des Todes von Ionel Ciontu offengelegt wird und die sofortige Freilassung der inhaftierten Gewerkschafter erfolgt«.

Die Führung der Gewerkschaften CGT d'EDF – Direction information et télécommunications, hat folgende Erklärung einstimmig angenommen: »Wir sind der Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte verbunden und wir unterstützen in diesem Sinne die Klage, die beim Komitee für gewerkschaftliche Freiheiten der ILO am 22. Mai vergangenen Jahres von der Gewerkschaft MERIDIAN eingereicht wurde. (...) Wir bleiben wachsam gegenüber dem Schicksal unserer inhaftierten Gewerkschaftskollegen und bleiben bereit, jede internationale gewerkschaftliche Initiative zu unterstützen, die ihre Freilassung verfolgt.« Mehr als 2000 Euro wurden in der Zwischenzeit von den französischen Gewerkschaften an den Solidaritätsfonds überwiesen.

Spanien

Die Mitglieder der Gewerkschaft UGT und der Arbeiterkommissionen (CCOO) haben für den 8. Februar eine Delegation zur rumänischen Botschaft in Madrid angekündigt.



Ionel Ciontu

Algerien

Zwei Deputierte der Volksversammlung (Parlament), Mitglieder der Arbeiterpartei PT, informierten über den Brief an den rumänischen Botschafter in Algier (Auszüge): »Am 19. Oktober 2005 wurde eine Delegation der Arbeiterpartei von Ihnen selbst und in Anwesenheit des Herrn Konsuls und des Beauftragten für Wirtschaftsangelegenheiten empfangen. Das Ziel unserer Delegation war die Forderung nach Freilassung der sechs in Rumänien wegen der Ausübung ihrer Rechte inhaftierten Gewerkschafter (...). Jetzt ist einer von

ihnen im Gefängnis gestorben (...). Zum wiederholten Male bestehen wir darauf, dass Ionel Ciontu nichts anderes gemacht hat, als als Organisator einer Protestdemonstration sein Mandat wahrzunehmen, das ihm seine Kollegen verliehen haben.

Die Demonstration richtete sich gegen den brutalen Strukturwandel im Kohlebergbau, der die Zahl der aktiven Bergleute in Rumänien von einst 300.000 auf 60.000 verringert hat.«

Bulgarien

Die Arbeiter- und Bauernpartei hat sich vor kurzem an den Präsidenten Rumäniens, Traian Basescu, gewandt und „eine Untersuchung und die Bestrafung der Verantwortlichen gefordert. Wir appellieren an Sie, Herr Präsident, die Beschuldigungen gegen die fünf anderen Gewerkschafter aufzuheben. Wir wissen, dass die Wirtschaftsreformen, die in Ihrem Land durchgeführt wurden, insbesondere in den Bergwerken zu Massenentlassungen geführt haben. (...) Um weitere Tragödien zu vermeiden, bestehen wir darauf, dass Sie sofort eingreifen.«

Deutschland

Die rumänische Botschaft wird am 6. März 2007 eine Delegation von Verantwortlichen und Mitgliedern der SPD und GewerkschafterInnen von ver.di, IG Metall, IG BAU, GEW, NGG und Vertretern des „Komitees für demokratische Rechte & Freiheiten“ empfangen.

Internationale Solidaritätskampagne für die rumänischen Bergarbeitergewerkschafter im Gefängnis und ihre Familien

Am 11. Januar 2007 ist Ionel Ciontu, der rumänische Bergarbeitergewerkschafter, der seit Oktober 2005 im Gefängnis saß, nach schwerer Krankheit im Gefängnis gestorben. Er war zusammen mit Miron Cozma, Constantin Cretan, Dorin Lois, Vasile Lupu und Romeo Beja verurteilt und eingekerkert worden, angeblich weil sie „die Staatsmacht untergraben“ hätten. Der wahre Grund war, dass sie das Mandat ihrer Gewerkschaftsmitglieder erfüllt haben, als sie 1999 einen Marsch der Bergleute gegen Entlassungen und Privatisierungen organisierten.

Eine Spende von 500 Euro konnte der Familie von Ionel Ciontu dank der Spenden von deutschen GewerkschafterInnen

an unseren Fonds der Arbeitersolidarität überwiesen werden.

Spenden für den Fonds der Arbeitersolidarität mit den Bergarbeitergewerkschaftern im Gefängnis in Rumänien und ihren Familien

Banküberweisung an:

Henning Frey, Konto-Nr. 25 27 64 65,
(BLZ 440 100 46)

IBAN DE 19 4401 0046 0025 27 64 65
Postbank Dortmund –

Oder ein in Euro ausgestellter **Scheck**
im Umschlag an

Henning Frey, Postfach 410 363,
50863 Köln

FRANKREICH • Gérard Schivardi, Bürgermeister von Mailhac Kandidat der Bürgermeister bei den Präsidentschaftswahlen

10.000 haben am 18. November 2006 in Paris vom Platz der Nation bis zum Platz der Republik demonstriert unter den Losungen: Bruch mit der EU, - Für die Verteidigung der Kommunen und des öffentlichen Dienstes.

Sie sind dem Aufruf des Nationalen Komitees für die Wiedereroberung der Demokratie gefolgt.

480 Bürgermeister, die zu dieser Kundgebung aufgerufen hatten, hatten in einem Brief an die Bürgermeister Frankreichs erklärt, dass „sie sich dafür engagieren, jeden Kandidaten zu unterstützen, der sich bei den Präsidentschaftswahlen oder Parlamentswahlen für den Bruch mit der EU einsetzt“.

40 Bürgermeister, die an der Kundge-

bung teilgenommen haben, haben sich, auf eine entsprechende Erklärung von 258 Bürgermeistern gestützt, dafür entschieden, Gérard Schivardi, Bürgermeister von Mailhac und Regional-Abgeordneter in der Aude-Region, als Präsidentschaftskandidat aufzustellen.

„Das Programm von Schivardi, das sind wir, die Bürgermeister, die es hervorgebracht haben, er ist überhaupt nicht isoliert. Wir müssen aus der Europäischen Union austreten“, erklärt der kommunistische Bürgermeister von Calville (Seine-Maritime, in Zentralfrankreich) auf einem Treffen mit KollegInnen.

Denn die Bürgermeister wissen: Der Maastrichter Vertrag, der die Schließung der Schulen, Postämter und Krankenhäu-

ser verlangt, richtet sich dagegen, dass die Bürgermeister das Mandat erfüllen können, für das sie gewählt wurden.

„Es sind 500 Unterschriften (von Bürgermeistern, Abgeordneten oder Senatoren als Zulassung zur Kandidatur, d. Red.) notwendig. Das wird hart, denn von allen Seiten – von der Rechten, von der SP – wird diese Kandidatur attackiert. Die Schlacht muss erst noch geschlagen werden. Wir kennen die Medien... Doch diese Wahrheiten müssen gesagt werden“ sagt ein anderer republikanischer Bürgermeister.

Wir drucken im folgenden einen Aufruf ab, der zu einer Versammlung mit Gérard Schivardi am 1. April im Palais des Sports de la Porte de Versailles (Paris) einlädt.

AUFRUF, der zur Versammlung mit Gérard Schivardi einlädt „Für den Bruch mit der Europäischen Union und ihren Verträgen!“

Versammlung – Sonntag, 1. April, 14 Uhr
Palais des Sports de la Porte de Versailles (Paris)

Airbus will 10.000 Arbeitsplätze abbauen

Nachdem Alcatel 1.500 Arbeitsplätze gestrichen hat, bereitet Airbus sich darauf vor, einen Plan für die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen v.a. in Deutschland und Frankreich anzukündigen.

Erneut werden Zigtausende Arbeitsplätze in allen Zweigen der Textil- und Metallindustrie liquidiert...

Unsere Sozialhilfeämter können den Ansturm der berechtigten Forderungen der Familien entlassener Arbeitnehmer nicht mehr bewältigen. 11,7% der Franzosen leben mit weniger als 788 Euro monatlich.

Unsere Kommunen, die keine Gewerbesteuer mehr von verlagerten Betrieben erhalten, werden finanziell erstickt.

Entlassungen und Betriebsverlagerungen werden gefördert durch die Anwendung des Maastrichter Vertrages, der in seinem Artikel 87 „staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen“ verbietet und jedes Land daran hindert, die Industrie und ihre Arbeitsplätze zu unterstützen.

Wohin geht Frankreich?

5.500 Stellen werden dieses Jahr im Bildungswesen gestrichen, und wissen Sie, dass in den letzten 20 Jahren 11.000 kommunale Schulen geschlossen wurden, dass 5.833 Kommunen gar keine Schule mehr haben?

Man zwingt unsere Kommunen, sich gegen den Willen ihrer Gemeinderäte zu Großgemeinden zusammenzuschließen, damit ihre Schulen, Postämter und Krankenhäuser im Namen von „großen Einsparungen“, wie sie der Stabilitätspakt diktiert, zentralisiert werden.

1.160 Postämter sind in sechs Jahren geschlossen worden, Postschalter und Verteilerzentren wurden abgebaut... in Anwendung der EU-Richtlinien 97/60/EG und 2002/39/EG, welche die Privatisierung der Post organisieren.

Das Dekret vom 8. Januar 2007, das diese Richtlinien in französische Gesetze überführt, nennt als Zielvorstellung „einen

Post-Stützpunkt“ auf je 10.000 Einwohner, „drei Post-Stützpunkte“ auf 50.000 Einwohner (Artikel R 1-1)!

Was wird von unseren öffentlichen Diensten übrig bleiben?

162 Entbindungsstationen, d.h. 1 von 5, wurden in sechs Jahren geschlossen! Damit wurde nur der Stabilitätspakt des Maastrichter Vertrags erfüllt, der verlangt, „die Spirale der Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen zu stoppen“ (Pressemitteilung IP/03/1420 Europarat).

Die Brüsseler Kommission hat Frankreich gerade dafür beglückwünscht, dass es seine öffentlichen Haushalte gekürzt hat. Am 8./9. März findet der Europäische Rat statt, auf dessen Tagesordnung auch die Zerschlagung des Stromversorgers EDF steht.

Wer will behaupten, dass es nicht gerade die Europäische Union ist, die man infrage stellen muss?

Es gibt andere Lösungen. Um die Entlassungen bei Airbus, bei Alcatel ... zu stoppen, um die Betriebsverlagerungen zu stoppen:

Für die Wiederverstaatlichung von Airbus, Alcatel, der Post, von EDF...

Der Bruch mit der Europäischen Union, der Brüsseler Kommission und ihren Richtlinien ist notwendig, der Bruch mit dem Maastrichter Vertrag und der Europäischen Zentralbank ist notwendig.

Deshalb haben 40 Bürgermeister beschlossen, Gérard Schivardi als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen:

- Für die Verteidigung der 36.000 Kommunen;
- Für die Verteidigung und Wiederherstellung der öffentlichen Dienste;
- Für die Verteidigung der einen, unteilbaren und weltlichen Republik;
- Für den Bruch mit der Europäischen Union;
- Für die Rückeroberung der politischen und sozialen Demokratie.

Der Wahlkampf von Gérard Schivardi und die Versammlung werden von der Partei der ArbeitnehmerInnen PT unterstützt.

(Korrespondent aus Frankreich)

Am 8./9. März 2007 soll die Ausweitung des Tornado-Einsatzes in den Süden Afghanistans im Bundestag beschlossen werden. Es ist von politisch größter Bedeutung, – auch gerade nach dem Nein zur Gesundheitsreform –, wieviele SPD-Abgeordnete mit Nein stimmen werden. Nachdem im Oktober 2005 nur ein 1 SPD-Abgeordneter gegen den Afghanistan-Einsatz gestimmt hatte, haben 2006 erstmals 13 SPD-Abgeordnete gegen die Fortsetzung der Operation Enduring Freedom – die den Einsatz in Afghanistan beinhaltet – gestimmt.

Wir sollten als GewerkschafterInnen und Sozialdemokra-

Innen unsere Möglichkeiten nutzen, und Beschlüsse in unseren Organisationen fassen, um die SPD-Abgeordneten aufzufordern, die Ausweitung des Kriegseinsatzes abzulehnen und mit der Forderung nach Rückzug aller deutschen Soldaten aus den „out-of-area“-Einsätzen – so wie »US Labor against War« für den Rückzug aller US-Soldaten aus dem Irak kämpft – zu verbinden. **Wir legen Euch einen Aufruf zur Unterschriftensammlung bzw. als Vorlage für Beschlüsse bei. Bitte informiert uns über entsprechende Ergebnisse.**

Siehe auch Website www.ini-gegen-krieg.de

Initiative von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen gegen den Krieg!

AUFRUF an alle, die Nein sagen zum Krieg, an alle ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, an die Mitglieder der SPD und Gewerkschaften:

**Fordert die SPD-Abgeordneten auf:
Stimmt mit „Nein“ zu den Kriegseinsätzen in Afghanistan!!**

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags sind aufgerufen, Anfang März 2007 für den Einsatz deutscher Tornados im Süden Afghanistans abzustimmen. Die Große Koalition will Kriegseinsätze mit deutschen Tornados im Bundestag durchsetzen. SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck hat klargestellt:

Die Afghanistan-Mission ist ein Kampfeinsatz! „Das muss jeder wissen, der im Bundestag darüber abstimmt.“ (Struck)

Es hilft kein Schönreden, der Einsatz der Tornado-Kampfflugzeuge im Süden Afghanistans steht im Rahmen der Aufstockung des Nato-Kontingents um weitere 2.500 Soldaten. Die Tornados sind als Kampfflugzeuge gebaut. Sie sind für den Kampfeinsatz ausgerüstet.

Drei Viertel der deutschen Bevölkerung sind gegen den Militäreinsatz der Bundeswehr. Ungeachtet dessen zieht die Große Koalition unter Merkel Deutschland mehr und mehr in den „weltweiten Feldzug“ von Bush hinein. Die US-Regierung begrüßt den Einsatz deutscher Aufklärungs-Tornados im umkämpften Süden Afghanistans. „Wir wissen, welche Rolle Deutschland zukommt, und wir schätzen die Unterstützung Deutschlands im zivilen Bereich und besonders beim Wieder-

aufbau sehr. Wenn Deutschland jetzt auch noch einen Beitrag zur Aufklärung leisten könnte, wäre das ein guter Schritt“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice in den ARD-„Tagesthemen“.

Es gibt keinen anderen Ausweg aus diesem Dilemma, so wie ihn die US-amerikanische Arbeiterbewegung mit ihren Großdemonstrationen gegen Bushs Krieg im Irak immer wieder vorzeigt:

„The people have spoken, Congress must act: Bring all the troops home now!“

Der „Rückzug aller US-Soldaten aus dem Irak“ kann für uns nur heißen:

Rückzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan!!

Das deutsche Volk will keinen Krieg! Viele SozialdemokratInnen haben immer wieder in diesem Sinne ihre Stimme gegen den Krieg erhoben. Die SPD-Bundestagsabgeordneten haben kein Recht, der Entsendung deutscher Soldaten in weitere Militäreinsätze zuzustimmen. Nach 1945 hat das deutsche Volk geschworen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Einsatz deutscher Soldaten auf fremdem Boden. Dieser sozialdemokratischen Grundsatzposition der SPD muss wieder Respekt im Parlament verschafft werden.

Deshalb wenden wir uns an die Bundestagsabgeordneten der SPD: Entscheidet

- **Nein zu den Kriegseinsätzen deutscher Tornados in Afghanistan,**
- **Rückzug der deutschen Soldaten von den „out-of-area-Einsätzen“ der Bundeswehr,**
- **Keinen Euro, keinen Cent für diese Einsätze!!**

USA: Kongressabgeordnete stimmen gegen Truppenverstärkungen für den Irak

Das US-Repräsentantenhaus hat am 16. Februar in einer Resolution den Beschluss von Präsident Bush abgelehnt, 21.500 zusätzliche Soldaten in den Irak zu entsenden.

„George W. Bush musste zwar damit rechnen, doch der Widerspruch war deshalb nicht weniger niederschmetternd“, unterstreicht die Nachrichtenagentur Associated Press. Denn obwohl diese Resolution nicht bindend ist, wurde sie von 246 der anwesenden Repräsentanten (229 Demokraten und 17 Republikaner) angenommen, während 182 dagegen stimmten. Das bedeutet eine Zuspitzung der politischen Krise, die selbst die Spitzen des amerikanischen Staates erschüttert.

Der Kongress muss im März über den von George W. Bush angeforderten Nothaushaltsplan von 100 Milliarden Dollar (76 Mrd. Euro) debattieren. In dieser Frage sind die Demokraten gespalten.

Der Hintergrund ist, dass nach der letzten Umfrage von AP-Ipsos, die am Tag der Abstimmung im Kongress veröffentlicht wurde, bereits 63% der Amerikaner gegen die Entsendung zusätzlicher Truppen in den Irak sind. Und zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte haben sie zu Zehntausenden mit ihren Gewerkschaften des AFL-CIO auf der Straße demonstriert mit der Losung: „Keinen Dollar, keinen Soldaten, keinen Toten mehr im Irak!“

Für die »Initiative gegen den Krieg«: Michael Altmann (AfA-Bezirksvorstand SPD Hessen-Süd, ver.di-VM), Silke Seitz (SPD-OV-Vorsitzende, Stadtverordnete), Gotthard Krupp (AfA-Landesvorstand SPD Berlin, ver.di-Bezirksvorstand Berlin), Jürgen Müller (AG Selbständige in der SPD)

Wir wenden uns an alle Menschen, an alle, die sich gegen den Krieg engagieren wollen, an alle GewerkschafterInnen und Jugendlichen und insbesondere auch an die Verantwortlichen der SPD: Unterstützt diese Forderungen, fasst Beschlüsse in Euren Organisationen und schickt sie an die Bundestagsabgeordneten.

Wer an aktiver Mitarbeit oder weiterem Material interessiert ist, wende sich an die Kontaktadresse:

V.i.S.d.P.: Michael Altmann, Kransberger Weg 6, 60439 Frankfurt am Main, E: michael.altmann@gmx.net

Die Initiative ist hervorgegangen aus der Koordination von GewerkschafterInnen und SozialdemokratInnen (1995) „Für den Rückzug der deutschen Truppen aus Ex-Jugoslawien! Nein zum weltweiten militärischen Einsatz deutscher Soldaten! Keinen Pfennig aus dem Bundeshaushalt für die Vorbereitung von Kriegseinsätzen!“